Nr. 32. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 19. Januar 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. In einer kürzlich erschienenen Schrift „Scharfe Taktik und Revuetaktik im 18. und 19. Jahrhundert“ spricht der preußische Oberstlieutenant v. Malachowski von militärischer Jugenderziehung und empfiehlt bei dieser Gelegenheit, „gut gedienten Unteroffizieren nach Ablegung eines Examens die Anstellung als Volksschullehrer, insbesondere auf dem Lande, zu gewähren“. Da das Buch selbst naturgemäß nur in militärischen Kreisen gelesen wird, so ist auch dieser Vorschlag seines Verfassers nicht in größere Oeffentlichkeit gelangt. Erst dem „Mil.-Wochenblatte“ blieb es vorbehalten, weitere Kreise damit bekannt zu machen, und dieses in der Armee weit verbreitete, weil zu den amtlichen Publikationen benutzte Blatt empfiehlt diesen Vorschlag in einem „Ueber militärische Jugenderziehung“ überschriebenen Aufsatze seiner heutigen Nummer mit vollem Ernste zur Verwirklichung folgendermaßen: Vom militärischen Standpunkte aus betrachtet, würde damit dem fühlbaren Mangel an Unteroffizieren abgeholfen werden können, da manchem Unteroffizier eine Stelle als Volksschullehrer begehrenswerther sein werde als die ihm jetzt offen stehenden Stellen als Schutzmann, Steueraufseher u. s. w. Die Tauglichkeit der meisten Unteroffiziere für den Volksschullehrerposten stehe außer allem Zweifel. An Pflichttreue, Gewissenhaftigkeit und innerer Reife stehen sie dem Durchschnitte der von den Seminaren entlassenen jungen Leute gewiß voran. Die „praktische Pädagogik, die sie Jahre hindurch geübt haben“, sei „zweifellos mehr werth, als ein theoretischer Kursus darüber“. Die Gewöhnung an Gehorsam, Zucht und Ordnung könne auch die Kirche allein nicht mehr leisten, das vermögen nur Lehrer, die zunächst selber zu gehorchen und dann in richtiger Weise zu befehlen gelernt haben. „Auch das Maß der Kenntnisse dürfte bei den Unteroffizieren in den meisten Fällen genügen. Die Leistungen der Regiments- und Kapitulantenschulen sind höchst bedeutend und werden in Zivilkreisen wohl vielfach unterschätzt oder kaum gekannt.“ Friedrich der Große hat schon seine ausgedienten Unteroffiziere zu Schullehrern gemacht; daß er damit keine Erfolge erzielt hat, erkennt auch das „Mil.-Wochenblatt“ an, aber es meint, heute würde die Sache sich besser machen, weil die heutigen Unteroffiziere anderen Volksschichten angehörten, als vor hundert und mehr Jahren, und weil sie selbst viel mehr lernten, als ihre Vorgänger von damals. — Jedes Wort der Widerlegung dieser Anschauungen wäre zu viel; die Frage kann aber doch nicht zurückgedrängt werden, ob die Redaktion des „Mil.-Wochenblatts“ etwa glaubt, daß sie durch derartige Leistungen die unzweifelhaft in weiten Kreisen unseres Volkes herrschende Abneigung gegen die von der Armeeverwaltung ausgearbeitete Militärvorlage herabmindern könne? Oder schlägt sie diese Abneigung so gering an, daß sie glaubt, auf die Gefühle des Volkes gar keine Rücksichten mehr nehmen zu müssen? Als die Schmähartikel gegen die Landwehr erschienen, wurde in der Regierung nahe stehenden Kreisen behauptet, daß das „Mil.-Wochenblatt“ allerdings die Personal-Veränderungen amtlich veröffentliche, sonst aber keinen amtlichen Charakter habe und ganz unabhängig sei. Dieser Behauptung steht die Thatsache entgegen, daß die Anstellung des leitenden Redakteurs des Blattes von der Genehmigung des Kriegsministers abhängt und bei dem ganzen Charakter des Blattes ein Unterschied zwischen dem amtlichen und nichtamtlichen Theil fast eben so wenig zu machen ist, wie beim „Reichsanzeiger“. In der Armee wird denn auch im Allgemeinen dieser Unterschied nicht gemacht. Die Regierung hat Einfluß auf das „Mil.-Wochenblatt“, in ihrem eigenen Interesse würde es liegen, ihn recht bald und recht energisch auszuüben.

** Wenn den Befürwortern der Militärvorlage von gegnerischer Seite oft genug vorgeworfen wird, sie gefielen sich darin, die Zukunft möglichst schwarz darzustellen, so könnte man mit ungleich größerem Rechte betonen, daß in Dingen, wo es sich um die ganze nationale Existenz handelt, ein Zuviel von Vorsicht noch immer weniger geschadet hat, als ein Zuwenig. Uns scheint es, als wenn der Optimismus, der da meint, Deutschland werde auch ohne die in der Militärvorlage erstrebte Verstärkung seiner Waffenrüstung mit feindlichen Angreifern fertig werden, sich gar keine Rechenschaft davon ablegt, was es heißt, aus numerischer Schwäche auf die offensive Führung des Kriegs verzichten und sich auf die Defensive beschränken, d. h. den Feind auf deutschem Boden bekämpfen zu müssen. Darüber nämlich besteht in Sachverständigen Kreisen kein Zweifel, daß unter den gegenwärtig obwaltenden numerischen Verhältnissen des deutschen Heeres dieses für den Fall eines Krieges mit zwei Fronten selbst mit den Heeren seiner Verbündeten nicht stark genug ist, um auf beiden Fronten zum strategischen Angriff überzugehen. Ueber die eine oder die andere Front wird man also jedenfalls den Feind ins Land hineinlassen müssen. Was das aber besagen will, darüber können sich die Gegner jeder Erhöhung des Effektivstandes aus der Geschichte der französischen Einfälle in Deutschlands Westmarken, in die Pfalz, die Rheinlande, Elsaß-Lothringen, Raths erholen. Man wende nicht ein, daß unsere Festungen, Straßburg, Metz, Mainz, Köln ꝛc. dem vordringenden Feinde Schranken setzen würden. Festungen schützen nur soweit, als die Tragweite ihrer Geschütze reicht. Die Hauptsache ist und bleibt im offenen Felde Herr der Lage zu sein, den Gegner dort aufzusuchen, zu stellen und zu schlagen, wo die günstigsten strategischen Bedingungen dafür vorhanden sind. Dazu ist aber nur eine dem Gegner numerisch mindestens ebenbürtige Streitmacht im Stande; der schwächere Theil, heute Deutschland, würde unfehlbar Gefahr laufen, von dem Gegner blos durch die Wucht seiner numerischen Ueberlegenheit über den Haufen gerannt zu werden.

Möchten sich doch Alle, welche im Vergleich mit der Qualität die Quantität als nebensächlich behandeln zu können meinen, darüber klar werden, was es heißt, den defensiven Grenzkrieg im eigenen Lande führen, namenloses Unheil über die blühendsten, gesegnetsten Fluren des Vaterlandes hereinbrechen lassen zu müssen, einzig und allein aus Mangel an Zutrauen in den guten Willen und die Leistungsfähigkeit des Volkes. Kann es ein gewagteres Beginnen geben, als sein Laienurtheil oder Vorurtheil über das Zeugniß der hervorragendsten militärischen Sachverständigen zu stellen, welches in der Annahme der Militärvorlage die unumgängliche Bedingung für eine wirksame Führung des nächsten Krieges, und insbesondere für die Verlegung des Kriegsschauplatzes in feindliches Land erblickt?

— In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde die Berathung des Reichs-Post-Etats fortgesetzt. Zu dem Etattitel „Post- und Ober-Post- resp. Telegraphen- und Ober-Telegraphen-Assistenten ꝛc. (16 789 050 Mark)“ machte Ministerial-Direktor Dr. Fischer folgende Ausführungen: Dem Post-Assistenten-Verbande gegenüber nehmen wir folgende Stellung ein. Die Entstehung und Geschäftsleitung dieses Verbandes hat bei uns starke Bedenken hervorgerufen und zwar wegen der Organisation und Ziele desselben. Man will hier nur einen bestimmten Stand unter Vorstehern der einzelnen Gruppen organisiren. Diese Vorsteher werden dann gewissermaßen eine Art Nebenbehörde bilden und die amtliche Disziplin stören. Der kollegialische Verkehr mit den anderen Beamten wird darunter leiden. Die Gründer des Verbandes waren uns als unruhige Köpfe bekannt. Die wirthschaftlichen Ziele des Verbandes sind in sehr allgemeiner Weise im Statut gesteckt. Wir aber haben aus früheren Zeiten die Erfahrung gelernt, daß Beamte im löblichen Bestreben, die wirthschaftlichen Verhältnisse des Standes zu heben, sich zu Verbindlichkeiten verleiten ließen, an denen sie zu Grunde gehen mußten. Der Vorstand will die Stellung der Postassistenten heben. Da liegt die Gefahr einer wüsten Agitation vor. Unsere Mittel der Dienstzucht werden uns genügen, ohne Hülfe der Polizei mit diesem Verbande fertig zu werden. Wir haben den Verband daher nicht verbieten lassen, haben aber deutlich den Beamten zur Kenntniß gebracht, daß wir von diesem Verbande entschieden abrathen müssen. Wir werden dafür sorgen, daß die Assistenten von den Leitern nicht beherrscht werden und daß die Disziplin nicht beeinträchtigt werde. Wir sind sehr ruhig und mäßig gegen die Führer vorgegangen. Nur einer derselben ist entlassen worden, und unruhige Köpfe sind nach ruhigen Gegenden versetzt worden. Wir haben den Mißbrauch des Krankenurlaubs zu Agitationszwecken verboten und auch den ambulanten in den Eisenbahnzügen beschäftigten Assistenten untersagt, diese Dienstreisen zu Agitationen zu benutzen. — Bei den Militär-Anwärtern bemerkt Redner, daß nur eine verschwindend kleine Anzahl für Sekretärstellen in Betracht komme, da die Anforderungen an die Inhaber solcher Stellen sehr hohe sind; bei Zivilanwärtern ist die Ablegung des Abiturientenexamens erforderlich.

Auf die Ausführungen des Abg. Buhl unter Bezugnahme auf den Erlaß der Oberpostdirektion in Düsseldorf, daß auch er strenge Disziplin verlange, trotzdem aber eine Bevormundung der Beamten nicht eintreten dürfe, erwiderte Staatssekretär Dr. v. Stephan: Wir haben den Oberpostdirektor in Düsseldorf aufgefordert, uns einen Bericht über jenen von unserer Auffassung stellenweise abweichenden Erlaß zu senden und werden nach Empfang desselben dem Reichstage Auskunft geben. Einer der letzten Artikel des Verbandsorgans, in welchem auch die unteren Beamten anderer Behörden zum Eintritt in die Bewegung zur Hebung ihrer Stellung aufgefordert werden, sei höchst bedenklich. Er werde dafür sorgen, daß die Assistenten gewarnt werden, diesem Verbande beizutreten. Wir werden die richtige Linie innehalten und vor Allem verhindern, daß sich die Beamten in Schulden stürzen, so z. B. in Folge des Handels, den solche Agitatoren mit Zigarren, Kleidern u. s. w. betreiben.

Auf die vom Abg. Hinze (dfr.) geäußerten Bedenken entgegnete Staatssekretär Dr. von Stephan: Ich bin kein Gegner von wirthschaftlichen und geselligen Vereinigungen. Ich habe vielmehr ja gerade stets dafür gesorgt, daß solche wirthschaftlichen Verbände gegründet werden und sie selbst ins Leben gerufen.

Hierzu bemerkte Abg. v. Kendell (Reichspartei): Die Postverwaltung ist viel zu milde gegen den Verband vorgegangen. Wer in den Staatsdienst eintritt, muß auf einen Theil seiner staatsbürgerlichen Rechte verzichten, so z. B. auf Agitation. Kennen Sie etwa Unteroffizier-Vereine? Schon die Gründung einer Zeitung für die Interessen einer Klasse der Postbeamten ist ein Unfug. Man hätte besser gethan, gleich den Verband zu verbieten. Jetzt ist allerdings zur Begründung des Verbots der Beweis der Schädigung der Disziplin beizubringen. — Auf die Bemerkung des Abg. Gröber (Ztr.), den Assistentenstand dürfe man nicht durch Bevorzugung der Militäranwärter schädigen, erwiderte Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Bevorzugung der Militäranwärter zur Besetzung der Sekretärstellen beruht auf altem Recht, das früher festgesetzt wurde.

** Nach dem Gesetze, betreffend die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten, vom 27. März 1882 sind diese Ueberschüsse vom Etatsjahr 1882—83 ab zur Verzinsung der jeweiligen Staatseisenbahn-Kapitalschuld, sodann zur Ausgleichung eines etwa vorhandenen und sonst durch Anleihe zu deckenden Defizits im Staatshaushalt bis zur Höhe von 2,2 Millionen, sowie schließlich zur Tilgung der Staatseisenbahn-Kapitalschuld zu verwenden. Nunmehr liegt der Abschluß über den ersten zehnjährigen Zeitraum der Ausführung des erwähnten Gesetzes vor. Danach betrug der Ueberschuß in den zehn Jahren von 1882—83 bis 1891—92 insgesammt 2408,2 Millionen. Zur Verzinsung der Eisenbahnschuld sind davon 1562,3 Millionen, zur Ausgleichung eines Defizits im Staatshaushalt, welches andernfalls durch Anleihe hätte gedeckt werden müssen, 6,6 Millionen verwendet worden. Demnach war ein Reinüberschuß von 839,2 Millionen verblieben. Nach § 4 des erwähnten Gesetzes ist aus den Eisenbahnüberschüssen, soweit dieselben reichen, die Eisenbahnkapitalschuld alljährlich bis zur Höhe von $^3/_4$ Prozent derjenigen Summe zu tilgen, welche sich jeweilig aus der Zusammenrechnung des für den 1. April 1880 auf 1448,8 Millionen festgesetzten Betrages der Schuld und der späteren Zuwüchse zu derselben ergiebt. Diese $^3/_4$ Prozent berechneten sich in den zehn Jahren auf 328,9 Millionen, so daß der Reinüberschuß über den Tilgungsbetrag von $^3/_4$ Prozent hinaus 510,2 Millionen betrug. Nach dem Gesetze ist die Tilgung der Schuld derart zu bewirken, daß der zur Verfügung stehende Betrag von der Schuld abgeschrieden und einmal zur planmäßigen Tilgung der vom Staate für Eisenbahnzwecke vor dem Jahre 1879 aufgenommenen oder vor und nach diesem Termin selbstschuldnerisch übernommenen Schulden, sodann zur Deckung der zu Staatsausgaben erforderlichen Mittel, welche anderenfalls durch Aufnahme neuer Anleihen beschafft werden müßten, und drittens zum Ankauf von Staatsschuldverschreibungen verwendet wird. Thatsächlich ist der Reinüberschuß in Höhe von 839,2 Millionen von der Staatseisenbahn-Kapitalschuld völlig abgeschrieben, und haben zum ersteren Zwecke 40,2 Millionen, zur Deckung anderweitiger etatsmäßiger Staatsausgaben 395,5 Millionen und zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden, sowie zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen 403,5 Millionen Verwendung gefunden. Als Staatseisenbahn-Kapitalschuld verblieben am Schlusse des Jahres 1891—92 nach den bis zu diesem Zeitpunkte erfolgten Abschreibungen, letztere einschließlich der abgeschriebenen Erlöse für verkaufte Grundstücke u. s. w., 5501,2 Millionen. Im Etat für 1893 bis 94 ist die Schuld ohne Rücksicht auf die inzwischen stattgefundenen Abschreibungen, also die Grundsumme, auf 6655,6 Millionen veranschlagt. Im Jahre 1882—83 betrug die Grundsumme 2613,6 Millionen.

— Die voraussichtlichen Gehaltsaufwendungen für die mittleren und unteren Beamten der Eisenbahnverwaltung im Staatshaushaltsetat für 1883—94 sind, wie die „Nordd. Allg. Ztg. schreibt, nach Maßgabe des wirklichen Dienstalters der Beamten unter Zugrundelegung der gegenwärtig für die einzelnen Beamtenklassen geltenden Dienstaltersstufen veranschlagt worden. Diese Dienstaltersstufen, sowie die für die Einführung des Systems der Dienstalterszulagen maßgebenden Grundsätze weichen zum Theil von denjenigen ab, welche für die gleichstehenden Beamtenklassen der übrigen Staatsverwaltungen bei den unteren Dienstzweigen bereits eingeführt sind und bei den mittleren Kategorien mit dem Beginne des Etatsjahres 1893—94 zur Einführung gelangen sollen. Es ist jedoch Gegenstand der Erwägung, ob und inwieweit bei angemessener Berücksichtigung der bei der Eisenbahnverwaltung vorliegenden besonderen Verhältnisse eine Uebereinstimmung in der gedachten Beziehung zwischen den gleichstehenden Beamtenklassen der Eisenbahnverwaltung und der übrigen Staatsverwaltungen künftig herbeigeführt werden kann.

— Für die zu den Vermählungs-Feierlichkeiten hier ankommenden Fürstlichkeiten sind zum Ehrendienst kommandirt worden:

Für den Herzog von Connaught: General-Lieutenant von Rosenberg, Insp. der 2. Kavallerie-Inspektion, und der Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Bülow, Kommandeur des Königs-Ulanen-Regiments (1. hannov.) Nr. 13; für Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe der Rittmeister von Goßler vom Leib-Garde-Husaren-Regiment; für den Großherzog von Sachsen: General-Lieutenant von Brauchitsch, Direktor der Kriegs-Akademie, und Oberst-Lieutenant Graf von Lüttichau, Kommandeur des Kürassier-Regiments Graf Geßler (rhein.) Nr. 8; für den Erbgroßherzog von Sachsen: General-Major von Müller, Inspekteur der Infanterie-Schulen; für den Großherzog von Baden: General-Lieutenant von Krosigk, Insp. der 1. Kavallerie-Inspektion, und Oberst-Lieutenant Brunsich Edler von Brunn, à la suite des 1. Garde-Regiments z. F. und Kommandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons; für den Großherzog von Hessen: General-Lieutenant von Holleben, Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division und Oberst-Lieutenant Freiherr von und zu Egloffstein, etatsmäßiger Stabsoffizier des 1. Garde-Regiments z. F.; für den König von Dänemark: General der Infanterie Freiherr von Meerscheidt-Hüllessem, kommandirender General des Gardekorps, Major von Schmidt, Kommandeur des thüringischen Ulanen-Regiments Nr. 6 und Major und Flügel-Adjutant von Moltke; für Prinz Albert zu Schleswig-Holstein: Rittmeister Graf von Schwerin vom 2. Garde-Dragoner-Regiment; für den Herzog von Cambridge: General-Adjutant General-Lieutenant von Winterfeld, Kommandeur der 20. Division; für den König von Sachsen: General der Infanterie von Keßler, General-Inspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, und Oberst-Lieutenant von Raven, Kommandeur des ostpreußischen Dragoner-Regiments Nr. 10; für den Herzog von Edinburg: der kommandirende Admiral, Admiral Freiherr v. d. Goltz und der Kapitän zur See und Flügel-Adjutant von Arnim; für den Großfürst-Thronfolger von Rußland: General-Adjutant und Chef des Generalstabes der Armee, General-Lieutenant Graf von Schlieffen II. und der Oberst Freiherr v. Bülow, Kommandeur des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1.

— Dem Premier-Lieutenant à la suite des badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Freiherrn Gans Edler zu Putlitz, ist als Hauptmann mit Pension der nachgesuchte Abschied bewilligt worden. Herr von Putlitz, der Sohn des Dichters und Karlsruher Theater-Intendanten Gustav zu Putlitz, ist seit einem Jahre beurlaubt und mit der Leitung des Hoftheaters in Stuttgart betraut gewesen. Sein Austritt aus der Armee ist jetzt erfolgt, weil er endgültig zum Hoftheater-Intendanten ernannt worden ist.

— Der „B. B.-C.“ schreibt: „Wie wir hören, werden im Laufe nächster Woche im Reichsamt des Innern Konferenzen über die deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen stattfinden. Es sind zu denselben Sachverständige aus denjenigen Gewerbszweigen, welche an der Ausfuhr nach Rußland interessirt sind, einberufen worden, um ihre Gutachten über die in Betracht kommenden Fragen mündlich abzugeben. Zu schriftlichen Aeußerungen über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen sind übrigens die einzelnen Berufszweige schon im Herbst aufgefordert gewesen.

Es entspricht diese Meldung den von uns über die Lage der Dinge vor wenigen Tagen gegebenen Mittheilungen. Ob freilich die erneuten Verhandlungen das erwünschte Resultat haben werden, bleibt abzuwarten. In Bezug auf das Urtheil über alle russischen Verhältnisse ist die größte Reserve am Platze. Wir sagten in unserer Besprechung über die deutsch-russischen Verhandlungen am Sonntag, und müssen heute wiederholen: Der gute Wille, welcher diesseits vorhanden ist, ist unübertrefflich; das Vertrauen, das man diesseits hegt, kann sich auf der gleichen Höhe nicht halten.“

— Der Verein „Berliner Presse“ hat in der gestrigen Sitzung nach der Berathung des Antrages betreffend die Strafvollzugsordnung bei politischen und and anderen nicht ehrenrührigen Preßvergehen beschlossen, die vom Ausschusse abgefaßte Petition zu genehmigen. Diese schließt mit dem Petitum: „Hoher Reichstag wolle geneigtest dahin wirken, daß baldmöglichst ein für das ganze deutsche Reich geltendes Strafvollzugsgesetz erlassen werde, in welchem eine besondere Art der Verbüßung von Gefängnißstrafen für solche Gefangene, deren Strafthat als nicht aus gemeiner Gesinnung hervorgegangen anerkannt ist, vorgesehen und dem Strafrichter die Befugniß eingeräumt bezw. die Pflicht auferlegt wird, in geeigneten Fällen im Urtheil selbst diese Strafverbüßungsart anzuordnen.“ Zugleich wurde beschlossen, diese Petition den Schriftsteller- und Journalisten-Vereinigungen Deutschlands — mit dem Anheimstellen der Beitrittserklärung — zur Kenntnißnahme zugehen zu lassen.

— Ueber die Vertheilung der Invaliden- und Altersrenten auf die einzelnen Theile des Reiches geben die im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen Aufschluß:

Danach betrug am 31. Dezember 1892 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 224 630. Von diesen wurden 175 874 Rentenansprüche anerkannt und 39 922 zurückgewiesen, 4192 blieben unerledigt, während die übrigen 4642 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 25 796, Ostpreußen 20 891, Brandenburg 17 180, Rheinprovinz 15 008, Hannover 13 036, Sachsen-Anhalt 12 646, Posen 11 704, Schleswig-Holstein 8606, Westfalen 8437, Westpreußen 8378, Pommern 7555, Hessen-Nassau 4902, Berlin 2425. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Baiern kommen 22 560 Altersrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 9348, Würtemberg 5004, Baden 4213, Gr. Hessen 3941, beide Mecklenburg 4580, die thüringischen Staaten 4718, Oldenburg 797, Braunschweig 1587, Hansestädte 1509, Elsaß-Lothringen 6722 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 3087.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei 31 Versicherungsanstalten und den 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 36 696. Von diesen wurden 17 946 Rentenansprüche anerkannt und 12 688 zurückgewiesen, 4177 blieben unerledigt, während die übrigen 1885 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 5178, Ostpreußen 2972, Rheinprovinz 2810, Hannover 1928, Brandenburg 1747, Westpreußen 1675, Sachsen-Anhalt 1592, Posen 1364, Pommern 1242, Westfalen 1201, Hessen-Nassau 803, Schleswig-Holstein 533, Berlin 523. Auf die acht Versicherungsanstalten des Königsreichs Baiern kommen 4747 Invalidenrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 1249, Würtemberg 1032, Baden 1058, Großherzogthum Hessen 443, beide Mecklenburg 408, die thüringischen Staaten 634, Oldenburg 86, Braunschweig 217, Hansestädte 181, Elsaß-Lothringen 766 und auf die neun zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 2307.

Unter den Personen, die in den Genuß der Invalidenrente traten, befanden sich 545, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Posen, 18. Januar. Die Ansiedelungskommission hielt heute hier eine Sitzung ab. An derselben nahmen mehrere Direktoren und Räthe vom Landwirthschafts- und Finanzministerium, sowie der Oberpräsident von Goßler aus Danzig Theil.

Kassel, 18. Januar. (W. T. B.) Das hiesige königliche Betriebsamt meldet: Vergangene Nacht ist vor Station Northeim der von Kassel kommende Schnellzug 75 dem Haltesignal am Abschlußmahl vorbei und in den Schluß des ausfahrenden Güterzuges 769 hineingefahren. Von den Gleisen, die beide gesperrt waren, war das westliche heute früh nach 8 Uhr wieder frei, so daß die Züge von Nörten bis Northeim auf dem falschen Gleise fahren konnten. Leider ist Menschenleben zu beklagen. Der Stationsassistent Thiele aus Kassel, der sich als Passagier im Zuge befand, ist getödtet, ein Reisender und ein Schaffner sind leicht verletzt. An Material sind vom Schnellzuge 75 die Maschine, ein erster und zweiter Klassenwagen und der Packwagen, vom Güterzuge 5 Wagen stark und 4 Wagen leicht beschädigt. Zur Untersuchung hat sich sofort nach dem Eintreffen der Nachricht ein höherer Beamter des Eisenbahn-Betriebsamtes Hannover-Kassel von Kassel aus an die Unfallstelle begeben. Ein zweiter ist zu gleichem Zwecke heute früh nachgefolgt.

Kuxhafen, 18. Januar. (W. T. B.) Die Schifffahrt auf der Unter-Elbe ist in Folge des schweren Eisganges nahezu gesperrt. Die Hamburger Rhedereien beordern ihre Schiffe deshalb nach anderen Häfen. Die Dampfer der „Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft“ und der „Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft“ werden nach Bremerhafen gelenkt. In hamburgischen Schifffahrtskreisen wird gegenwärtig lebhaft bedauert, daß der Ausbau des Kuxhafener Seehafens bisher noch nicht erfolgt ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Januar. (W. T. B.) Die „Politische Korrespondenz“ dementirt die Blättermeldung über den Rücktritt des General-Inspektors der Infanterie Freiherrn v. König, sowie die an die Meldung geknüpften Kombinationen über Veränderungen in den hohen Kommandostellen.

Wien, 18. Januar. (W. T. B.) Auf der Strecke Wien-Oderberg sind wegen der Schneehindernisse die Züge mit gewöhnlichen Frachtgütern eingestellt.

Frankreich.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Die Panama-Untersuchungs-Kommission der Deputirtenkammer vernahm heute einen Angestellten des Bankhauses Propper, welcher behauptete, nach dem Diktat Reinachs eine Liste derjenigen Personen geschrieben zu haben, welche Panamagelder erhielten. Reinach habe ihn auch eine Mittheilung zu Clemenceau tragen lassen und es sei dies dieselbe Mittheilung, die Andrieux der Kommission übergeben hat.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) (Panama-Untersuchungs-Kommission.) Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung wurde Clemenceau vernommen. Derselbe erklärte, er habe niemals eine schriftliche Mittheilung, von welcher der Beamte des Bankhauses Propper gesprochen, erhalten und Reinach habe zu ihm niemals etwas von einer ähnlichen Note gesagt. Der gedachte Beamte wurde nochmals vorgerufen, hielt aber seine Erklärung aufrecht. Derselbe soll morgen nochmals vernommen werden.

Dem „Journal des Debats“ zufolge entdeckte ein Polizeikommissar in dem Bankhause Offray, Rue Faubourg Poissonniere, 300 von Arton ausgestellte und von bekannten Persönlichkeiten quittirte Checks.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Der Deputirte Deloncle theilte in den Wandelgängen der Kammer mit, daß er an den Minister des Auswärtigen, Develle, wegen der Vorgänge in Egypten eine Anfrage zu richten beabsichtige und die Absendung eines französischen Geschwaders nach Egypten beantragen werde.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen, Develle, erwiderte auf die von dem Deputirten Deloncle an ihn gerichtete Anfrage, er habe den Botschafter Waddington in London beauftragt, von der englischen Regierung Aufklärungen wegen des auf den Khedive ausgeübten Druckes zu erbitten. Die französische Regierung werde mit der größten Ruhe darüber wachen, daß keinerlei Angriff auf die Selbstständigkeit der egyptischen Regierung gemacht werde. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Delcasse hat das Amt des Unterstaatssekretärs der Kolonien übernommen.

Der Finanzminister Tirard empfing eine Abordnung der Koulissiers, die das Ersuchen stellten, daß man ihnen gestatte, die geplante Börsensteuer unter demselben Titel zu zahlen wie die Wechselmakler, da sie sonst geradezu die Bediensteten der Wechselmakler würden. Eine solche Situation würde die Koulisse nicht annehmen, das Verschwinden der Koulisse würde aber das von dem Pariser Markte auf 12 Millionen Franks veranschlagte Erträgniß der Börsensteuer beträchtlich vermindern.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Der Korrespondent des „Budapesti Hirlap“, Szekely, hat Paris Nachts 12 Uhr 35 Minuten, von zwei Polizeiagenten begleitet, mittels der Eisenbahn verlassen und sich über Belfort nach der Schweiz begeben.

Italien.

Rom, 18. Januar. (W. T. B.) Der „Popolo Romano“ bespricht die Lage der „Banca Romana“ und erklärt sich in der Lage, versichern zu können, daß die Behauptung, es gebe bei derselben doppelte Serien oder Bankbillets, falsch sei. Neben der vollständigen Konsistenz des Kassenbestandes in Metall und Depots sei dies vielleicht der korrekteste Zweig der Verwaltung der „Banca Romana“. Vollständig falsch sei auch die Behauptung, daß das Portefeuille der Bank mit nothleidenden Effekten oder Wechselbriefen von parlamentarischen Persönlichkeitrn oder Journalisten überschwemmt sei. Wenn aber auch, fügt das Blatt hinzu, die diesbezüglichen Beschuldigungen der Bank unbegründet seien, so müsse man dem radikalen Deputirten Colojani doch zugestehen, daß er mit seinen übrigen Vorwürfen gegen die Bank in seiner bezüglichen Rede in der Kammer Recht gehabt habe, ja vielleicht noch hinter der Wahrheit zurückgeblieben sei. Was die Liquidation der „Banca Romana“ anbelange, so werde dieselbe in voller Ordnung durch die Nationalbank ausgeführt werden. Es seien Maßregeln getroffen, um jede Störung zu verhindern.

Rom, 18. Januar. (W. T. B.) Der „Agenzia Stefani“ zufolge ist bei einer von Seiten der Regierung vorgenommenen Revision der Bankfiliale in Neapel in der Kasse ein Fehlbetrag von $2^1/_2$ Millionen entdeckt worden. Der Kassirer ist verhaftet, gegen den flüchtig gewordenen Direktor der Bankfiliale ist ein Haftbefehl erlassen worden.

Rom, 18. Januar. Vorgestern wurden in Monte Carlo acht italienische Anarchisten verhaftet, welche ein Dynamitattentat auf die Spielhölle beabsichtigten. Die französische Polizei unterdrückte alle diesbezüglichen Nachrichten. Die Polizei ist ferner von dem Plan eines neuen Attentats auf die Spielhölle sowie das Kasino in Nizza unterrichtet.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Januar. (W. T. B.) Der Eisboottransport zwischen Korsör und Nyborg hat heute begonnen, da es unmöglich geworden ist, eine Fahrrinne mittels Eisbrechers offen zu halten.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Januar. (W. T. W.) Wie das „Reutersche Bureau“ in Bestätigung anderweitiger Meldungen erfährt, begaben sich die Botschafter Rußlands und Frankreichs gestern nach dem Auswärtigen Amt, um daselbst die Versicherung abzugeben, daß ihre Regierungen von den Vorgängen in Egypen nicht die geringste Kenntniß hätten. Die Nachricht, daß es bei dieser Unterredung zu lebhaften Auftritten gekommen sei, wird für vollständig erfunden erklärt.

Rußland.

Petersburg, 13. Januar. (W. T. B.) Die anhaltende Kälte der letzten Tage, welche 20 Grad überstieg und nachgerade unerträglich wurde, hat endlich nachgelassen. Das Thermometer zeigt 8 Grad unter Null.

Aus den russischen Ostseeprovinzen, 15. Januar. Nachdem die beiden livländischen Landesgymnasien zu Fellin und Birkenruhe im Sommer d. J. geschlossen worden sind, ist nun auch das Kurländische Landesgymnasium in Goltingen feierlich „beigesetzt“ worden. Die Anstalt wird freilich in anderer Gestalt, als Privatschule erster Ordnung, weiter bestehen, doch wird diese Fortexistenz recht kümmerlich sein, da ihr alle bisherigen Rechte und vor Allem die großen Beihülfen aus Landesmitteln entzogen worden sind. Der Fortbestand des Ritterschaftlichen Dom-Gymnasiums in Reval war auf Betreiben des opportunistischen Ritterschaftshauptmanns Baron Maydell-Pastfer einstweilen gesichert worden, doch scheint nunmehr auch die Mehrheit der estländischen Ritterschaft jedes Paktiren mit der gegenwärtigen Schulpolitik der Regierung energisch von

sich weisen zu wollen, denn Baron Mahdell hat sich veranlaßt gesehen, sein Amt niederzulegen. Auf dem nächsten ordentlichen Landtage wird die Domschulfrage endgültig entschieden werden, aller Voraussicht nach im Sinne einer Schließung der Anstalt. — Die Aufsicht des Ministeriums der Volksaufklärung ist jetzt auf sämmtliche Schulen ausgedehnt worden, in denen Kinder von acht Jahren und darüber unterrichtet werden, und alle diese Anstalten haben sich hinfort der russischen Unterrichtssprache zu bedienen. Durch diese Verfügung werden alle Schulen und Fortbildungskurse von Wohlthätigkeitsanstalten, Vereinen u. a. m. betroffen, also allem Anschein nach auch Institute für Blinde, Taubstumme, Schwachsinnige. Eine derartige Auslegung der Verfügung wäre gleichbedeutend mit einer Vernichtung der bestehenden Anstalten dieser Art, da geeignete Lehrer für Blinde und Taubstumme bisher nur aus Deutschland gewonnen werden konnten. — Zur Russifizirung der Dorpater Universität ist zu melden, daß alle diejenigen der Professoren, die russische Unterthanen sind, bereits vom nächsten Semester ab russisch lesen müssen und im Fall ungenügender Kenntnisse in der Reichssprache nur noch eine sehr kurzbemessene Frist zur Vervollständigung ihrer Kenntnisse erhalten können. Ausländische Professoren dürften ihre Stellungen noch etwa zwei Jahre lang behalten.

Bulgarien.

Sofia, 18. Januar. (W. T. B.) Der Unions-Klub veranstaltete zu Ehren des bisherigen deutschen Generalkonsuls Frhrn. von Wangenheim anläßlich dessen bevorstehender Abreise ein großes Bankett, an welchem die Minister und das diplomatische Korps theilnahmen.

Afrika.

Kairo, 18. Januar. (W. T. B.) [Telegramm des Reuterschen Bureaus.] In der heutigen Audienz des englischen Gesandten Lord Cromer wies der Khedive auf die unangenehme Lage hin, in welche er versetzt würde, falls England auf die Wiedereinsetzung Fehmi's zum Ministerpräsidenten bestünde. Der Khedive erklärte sich bereit, Riaz-Pascha wieder zum Ministerpräsidenten zu ernennen, und fügte hinzu, er wünsche innig, in vollem Einvernehmen mit England zu handeln und mit demselben die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten, er sei bereit, während der Okkupation Egyptens durch die Engländer die Rathschläge Englands bei allen wichtigen Anlässen zu befolgen. Cromer antwortete, es liege England fern, den Khedive in eine demüthigende Stellung versetzen zu wollen; derselbe erkannte den versöhnlichen Charakter des Vorschlages des Khedive an und übernahm die Verantwortung, denselben zu acceptiren, ohne vorher die englische Regierung zu befragen.

Tanger, 18. Januar. (W. T. B.) [Telegramm des Reuterschen Bureaus.] Mit der durch den Sultan von Marokko für die Ermordung des englischen Unterthans zugebilligten Geldentschädigung ist die Angelegenheit in der That nicht beendet. Der englische Geschäftsträger Eliot sandte Depeschen nach Fez, in welchen eine vollständigere Genugthuung verlangt wird. Das Gerücht, der Spezialgesandte Ridgeway werde dauernd in Marokko bleiben, ist unbegründet. Seine Mission ist nur eine zeitweise und er wird nach England zurückkehren, sobald befriedigende Beziehungen zwischen England und Marokko wiederhergestellt sein werden.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 19. Januar. Gestern Nachmittag kurz nach 4 Uhr geriethen in einer Küche des Hinterhauses Falkenwaldeestraße 137 Dielen und Balkenlage, ferner um ½9 Uhr am Klosterhof 2 die Verkleidung eines Klosets in Brand. In beiden Fällen entsandte die Feuerwehr Abtheilungen zur Hülfeleistung. — Heute Vormittag rückte die Feuerwehr nach dem Hause Wilhelmstraße 6 aus, woselbst in der ersten Etage des Hintergebäudes beim Aufthauen der Wasserleitung Feuer entstanden war. Dasselbe wurde durch einige Eimer Wasser gelöscht.

* Vorgestern Nachmittag zog sich der Arbeiter Bohm in der Deutschenstraße durch Fall eine Gehirnerschütterung zu, an deren Folgen er gestern gestorben ist.

* Am 16. d. M. wurde einem Matrosen vom Dampfer „Stockholm" aus der Kajüte die dort aufbewahrte Zylinderuhr und am 15. vom Bau Schulzenstraße 33 eine Anzahl Kleidungsstücke gestohlen.

— Wie uns nachträglich aus Alt-Damm berichtet wird, entstand daselbst am Sonntag Abend im Burowschen Lokale eine größere Schlägerei zwischen Zivil- und Militärpersonen. Dieselbe wurde auf der Straße fortgesetzt und dabei mehrere vom Bahnhof kommende Personen, u. A. ein Babiergehülfe und ein Postbeamter, von den wüthenden Soldaten mit Säbelhieben schwer verletzt.

— Stettiner Gartenbau-Verein. — General-Versammlung am 16. Januar. Nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Koch und Verlesung des letzten Protokolles machte Herr Wiese der Versammlung Mittheilung über den gegenwärtigen Stand der Ausstellungsangelegenheiten. Danach sind die an den „Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den königl. preuß. Staaten zu Berlin", den „Deutschen Pomologen-Verein", den „Verein deutscher Rosenfreunde", den „Verband der Handelsgärtner Deutschlands" und den „Verein selbstständiger Gärtner zu Stettin" gerichteten Gesuche um Bewilligung von Ehrenpreisen sämmtlich in zustimmendem Sinne beschieden worden, so daß der Verein nunmehr bereits über 7 solcher Ehrenpreise verfügt. Auf das Gesuch an das landwirthschaftliche Ministerium um Bewilligung der im Ausstellungsprogramm vorgesehenen Staatsmedaillen ist bisher ein Bescheid noch nicht eingegangen. Das Programm selbst war bereits fertig gestellt und wurde an die anwesenden Mitglieder vertheilt. Auch die Lokalfrage ist insofern erledigt, als die jetzigen Pächter des Konzert- und Vereinshauses sich in entgegenkommendster Weise bereit erklärten, dem Vereine den Konzerthausgarten nebst Veranden für die Zeit der Ausstellung frei zur Verfügung zu stellen. — Hierauf erstattete der Schatzmeister Herr Renner den Kassenbericht für 1892 und wurden behufs Prüfung der Bücher und Beläge die Herren Kühn, Ebner und Dannenfeldt einstimmig zu Revisoren ernannt. Nach den Ausführungen des Berichterstatters haben sich die Ausgaben ziemlich auf gleicher Höhe mit den früheren Jahren gehalten, nur haben diejenigen für gemeinnützige Zwecke (Zeichenschule und Feldmeß-Unterricht) in Folge des verminderten Zuschusses vom Verein für Verbreitung von Volksbildung um ein beträchtliches erhöht werden müssen, so daß hierfür die Summe von 271 Mark verausgabt wurde. Im Uebrigen sei der Vermögensstand ein gleich günstiger geblieben, wie in den Vorjahren, so daß der Haushaltsplan für 1893 nach denselben Grundsätzen wie früher aufgestellt werden konnte. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3864,11 Mark ab und wurde von der Versammlung en bloc angenommen. Bei der demnächst vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt: Herr Koch zum Vorsitzenden, Herr Wiese zum Schriftführer, Herr Renner zum Schatzmeister und die Herren Reichardt, G. Schultz, Kasten und Hagge zu Beisitzern. — Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, in Verbindung mit der Februarsitzung zur Feier des Stiftungsfestes einen Herren-Kommers mit Gratis-Verloosung zu veranstalten.

Kyffhäuser-Konzert.

Wie schon mitgetheilt, hatte das gestern auf Veranlassung des deutschen Kriegerbundes in den Zentralhallen veranstaltete Konzert zum Besten des Kaiser-Wilhelm-Denkmals auf dem Kyffhäuser einen in jeder Weise erfreulichen Erfolg. Bereits einige Tage vorher waren die Billets vergriffen, und es konnte daher kaum verwundern, daß die weiten Räume dicht besetzt waren. Von dem Festkomitee war für eine entsprechende Ausschmückung des Saales gesorgt, am Eingang hatten die Fahnen der hiesigen Krieger-Vereine Aufstellung erhalten, an diesen war baldachinartig eine Draperie bis zur Fremdenloge arrangirt, welche letztere für die Spitzen der Behörden reservirt war. Die Pfeiler waren mit Wappenschildern und Fahnen dekorirt, während über der Bühne das bereits erwähnte, von Herrn Hofdekorationsmaler A. Dittmer angefertigte Bild des zukünftigen Kyffhäuser-Denkmals Platz gefunden hatte. Nachdem die vereinigten drei hiesigen Militärkapellen das Konzert mit der Ouverture z. Op. „Euryanthe" eingeleitet hatten, betrat Herr Gymnasialdirektor Professor Dr. Muff das Podium und hielt die Festrede. Bei Beginn derselben wies Redner auf die Bedeutung des 18. Januar als Ehrentag in der preußischen Geschichte hin. An einem 18. Januar war es, als das Kurfürstenthum Brandenburg zum Königreich Preußen erhoben wurde und am 18. Januar wurde das neue deutsche Reich mit einem Hohenzollern an der Spitze begründet. An Ort und Zeit liegen beide Ereignisse weit von einander, die Begründung der Königreichs Preußen fand 1701 im Osten, zu Königsberg statt, während das deutsche Reich 1871 im Westen, zu Versailles begründet wurde, aber trotz der Trennung und der Verschiedenheit seiner beiden Ereignisse doch eng verbunden, wie Versprechen und Erfüllung, wie Aussaat und Ernte. Die Ereignisse in Königsberg seien die Vorbereitungen für die Zukunft gewesen. Redner beleuchtete sodann eingehend die historischen Vorgänge, welche sich zwischen den beiden Ereignissen abgespielt. Als zu Königsberg der Kurfürst von Brandenburg die preußische Königskrone annahm, wurde mit der Uebernahme des Titels auch für alle Nachfolger die Verpflichtung übernommen, das höchste zu erstreben und dieser Verpflichtung seien die preußischen Könige stets nachgekommen; der großen übernommenen Verantwortung stets bewußt, haben dieselben alles angesetzt, das Wohl des Staates zu heben, sie betrachteten es als erste Herrscherpflicht, dem Volke zu leben, und weil sie dieser Pflicht stets nachkamen, sind es stets siegreiche Männer geblieben. Drei Mal wurden dieselben herausgefordert, um das Land vor feindlichem Angriff zu schützen. Halb Europa hatte seine Heere ausgesandt, um das Königreich Preußen in die früheren kleinen Verhältnisse zurückzubringen, aber stets errang es unter Gottes Beistand den Sieg. Redner gedachte demnächst der großen Thaten Friedrich des Großen und beleuchtete sodann die Zeit der Noth und Trübsal unter Friedrich Wilhelm III., aber auf Jena folgte Leipzig und Waterloo, den Zeiten der Trübsal eine rasche erfreuliche Entwicklung des Landes. Redner ging dann auf die neuere Zeit unter dem Heldenkaiser Wilhelm I. ein. Der so rasch beendete Krieg mit Oesterreich, der ruhmvoller kaum gedacht werden kann, brachte Preußen nicht nur einen Zuwachs an Land und Leuten, Ruhm und Ehren, sondern auch etwas Größeres, dies war der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland und damit wurde in dem deutschen Bund der deutschen Einheit der Weg gebahnt, welcher auf Frankreichs Fluren ganz geebnet wurde. Hier habe sich das gesammte Heer — Landwehr und Linie — auf das beste bewährt in Manneszucht, Kampfeslust, Ausdauer und tapferem Muth. Redner preist sodann mit beredten Worten Kaiser Wilhelm I., dem es vorbehalten blieb, die Kaiserkrone anzunehmen. Diese mußte auf dem Schlachtfeld erworben und von den gesammten deutschen Fürsten angeboten werden, wenn sie beständig bleiben sollte, dies geschah 1870. Schon 1866 nach den großen Erfolgen in Böhmen hatte der ruhmreiche Sohn Wilhelm I. bei diesem die Uebernahme der Kaiserkrone angeregt, König Wilhelm lehnte dies aber in seiner bekannten Bescheidenheit ab, erst nachdem er als „Schmied von Sedan" sich diese Krone selbst geschmiedet, da hielt er die Zeit für gekommen, da war die Ernte reif, welche 170 Jahre früher in Königsberg ausgesäet war. Redner schilderte sodann die Weihe des deutschen Reiches am 18. Januar 1871 von der erlauchten Versammlung zu Versailles in dem Prachtschlosse Ludwig XIV., in welchem vorher soviel Unheil über Deutschland ausgeheckt war und pries Kaiser Wilhelm I. als den Soldaten- und Volkskaiser, welcher im wahren Sinne das Ideal eines Königs und Kaisers in sich verkörperte. Es sei nicht nöthig, diesem Helden ein Denkmal zu setzen. Das schönste, hoffentlich unvergängliche Denkmal für denselben bleibe das deutsche Reich. Aber die deutschen Krieger, welche von dem obersten Kriegsherrn von Sieg zu Sieg geführt wurden, wollen demselben auch ein sichtbares, seiner würdiges Denkmal setzen und es gäbe in Deutschland wohl nur einen geeigneten Platz für ein solches. Der Schlachtenjungfrau gebührt ein Denkmal am Rhein, wo sie so traulich Wacht gehalten, ein Denkmal für den Erbauer des Reichs müsse aber auf dem Kyffhäuser in Thüringen seinen Platz finden und von da über die deutschen Lande schauen.

Die Rede des Herrn Prof. Muff fand lebhaften Beifall. Sodann betrat Herr Stadtrath und Major a. D. Gaede die Tribüne, um als Vorsitzender des V. Krieger-Bezirks das Wort zu ergreifen. Er wies darauf hin, daß es den Kriegern ein Bedürfniß sei, dem großen Heldenkaiser ein Denkmal zu setzen, dasselbe soll ein Wahrzeichen sein des Dankes für den obersten Kriegsherrn, der die Heere von Sieg zu Sieg geführt, ein Wahrzeichen unbegrenzter Liebe, aber auch eine Mahnung, daß wir festhalten, an dem durch theures Blut erkauften Reich. Wir brauchten nicht bange auf die Zukunft schauen, wir könnten uns auf das so bewährte deutsche Schwert verlassen und könnten mit Zuversicht und Vertrauen auf den Erben der Kaiserkrone blicken, der dafür sorgt, daß dieses Schwert nicht rostet und alles daran setzt, dieses Schwert so stark zu erhalten, daß es allen Angriffen begegnen könne. Mit einem Hoch auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. schloß Redner, welches begeisterten Wiederhall bei der Festversammlung fand und an das sich der Gesang der Nationalhyme schloß.

Das unter Leitung der Herren Professor Dr. Lorenz und Musikdirigent Offeney, sowie unter Mitwirkung der Hofopernsängerin Frau Faltus, des Opernsängers Herrn W. Richter, des Herrn Schröder, des Männerchors des Stettiner Lehrervereins und der vereinigten hiesigen drei Militär-Kapellen ausgeführte Konzert war durch sein reichhaltiges und imposant ausgeführtes Programm von hohem Interesse. Die Darbietungen des in solcher Stärke hier seltener auftretenden Orchesters waren zum Theil von vortrefflicher Wirkung. Wenngleich die Klangschönheiten der Ouverture zur Oper „Euryanthe" von Weber in Folge der durch die lokalen Verhältnisse gebotenen Aufstellung der Musiker trotz der umsichtigen und sicheren Leitung des Herrn Offeney nicht überall in der Weise zur Geltung kommen konnten, wie dies in einem Konzertsaal gewiß der Fall gewesen wäre, so war doch die gesättigte Fülle des Streichquartetts in der herrlichen Andante der Beethoven'schen Symphonie „Eroica" von besonderem Reiz. Nicht minder effektvoll wirkte die Wiedergabe des schwungvollen Kaisermarsches von Wagner, mit dessen erhebenden Klängen das Konzert einen würdigen Abschluß fand. — Die mit geschmackvoller Nüanzirung und reinster Intonation unter Leitung des Herrn Professor Lorenz zu Gehör gebrachten Vorträge des Männerchors des Stettiner Lehrervereins, dessen Leistungen an dieser Stelle stets in anerkennender Weise hervorgehoben werden konnten, sprachen auch gestern wieder sehr an. Sowohl der tiefempfundene Chor a capella von Kreutzer: „Dir möcht ich diese Lieder weihen", als auch die mit Orchesterbegleitung gesungenen Kompositionen von R. Wagner, Zöllner und Kremser fanden sehr beifällige Aufnahme.

In dem vokalsolistischen Theil des gehaltvollen Programms, dessen Begleitung am Piano Herr Professor Lorenz mit bekannter Virtuosität ausführte, spendete die Hofopernsängerin Frau Faltus zwei Lieder von Bungers („Gruß an den Rhein" und „Bonn"), welche mit künstlerischer Verve ausgeführt wurden und lebhaften Applaus erzielten. Auch die Bariton- und Tenorsoli des Herrn Schröder und des Opernsängers Herrn W. Richter wurden mit Beifall entgegengenommen, besonders aber begeisterte der letztere mit dem Götze'schen Liede: „Meine Schätze" die Zuhörerschaft so, daß er dasselbe da capo singen mußte. Ein Duett aus der Oper „Die Afrikanerin", zu dem sich Frau Faltus und Herr Richter noch vereinigten, schien für diesen Zweck nicht besonders glücklich gewählt und war der Erfolg desselben auch wohl deshalb ein geringerer, wie es bei dieser glänzenden Tondichtung Meyerbeers in Rahmen der Opernvorstellung der Fall zu sein pflegt.

Aus den Provinzen.

⊃ **Greifenhagen,** 18. Januar. Gegen einen Baumfrevler erkannte gestern das hiesige Schöffengericht auf eine recht empfindliche Strafe. Der Arbeiter Alexander Hellwig hatte im Dezember aus der Parkanlage am Galgenberg zehn junge Tannen entwendet, um sie als Weihnachtsbäume zu verkaufen. Da die genannten Anlagen zur Verschönerung der Stadt angelegt sind, hielt der Gerichtshof eine hohe Strafe für angemessen und erkannte auf 6 Monate Gefängniß; ferner wurde Hellwig wegen Diebstahls von 12 Tannenbäumen aus der Forst zu 60 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Swinemünde, 18. Januar. Gestern Abend 8 Uhr langte hier im Hafen der Eisbrecher „Berlin" an. In seinem Gefolge hatten Dampfer „Swinemünde", „Langenberg" und später Eisbrecher „Stettin" Mittags 12 Uhr Stettin verlassen und auf der Hälfte des Haffs in Folge dicken Wetters den „Berlin" aus Sicht verloren. Die Letzteren trafen ½11 Uhr Nachts im hiesigen Hafen ein. Heute Morgen 9 Uhr gingen die Eisbrecher „Berlin" und „Swinemünde" zu einer gemeinsamen Aktion bei dem in Eise steckenden Dampfer „Rudolph" in See. Es gelang ihnen Dank der stärkeren Maschine des „Berlin" und der durch den „Swinemünde" schon geschaffenen Rinne etwas weiter, als der Letztere, und zwar bis zu der sog. Rhedetonne oder dem bunten Bock vorzudringen, aber hier scheint ihnen das durch die sibirische Kälte der letzten Tage zu beträchtlicher Stärke angewachsene Eis einen so gewaltigen Widerstand bereitet zu haben, daß nicht nur ihrem Vorgehen ein gebieterisches Halt durch die Natur entgegengerufen wurde, sondern auch sie selbst mit Beschädigungen aus dem fruchtlosen Kampfe mit den Naturgewalten hervorgingen und die starken, auf den gewaltigsten Widerstand berechneten Schiffe ohnmächtig und unfähig, sich selbst zu helfen, im Eise liegen blieben. So mächtige Kraftanstrengungen wurden von den Schiffen erfordert, daß auf dem „Berlin" die Ketten an der Steuerung zweimal wie Glas zersprangen und der Ruderblock ausgerissen wurde, während auf dem „Swinemünde" gleichfalls die Steuerung beschädigt wurde. Der im Hafen zurückgebliebene Eisbrecher „Stettin" mußte in Folge dessen seinen Schwesterschiffen zu Hülfe eilen und dieselben aus ihrer Eisumklammerung befreien. Kurz vor drei Uhr langten alle drei Schiffe nach nothdürftiger Reparatur der an der Steuerung erlittenen Schäden wieder im hiesigen Hafen an. Der Versuch der Eisbrecher, den „Rudolph" aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, welchem an Bord des „Berlin" der Direktor der Eisbrecher, Rheder Oskar Bräunlich, und andere Herren der Stettiner Kaufmannschaft beiwohnten, ist als total mißglückt zu betrachten. „Berlin" und „Swinemünde" gingen ohne Aufenthalt nach Stettin weiter und legen dort an der Werft auf, „Stettin" folgte später dem Dampfer „Langenberg", der noch Güter zu löschen hatte. Die Schifffahrt zwischen hier und Stettin ist jetzt als ganz geschlossen zu betrachten, da mit dem heutigen Tage auch die „Swinemünder Dampfschifffahrts-Aktien-Gesellschaft" ihre Fahrten einstellt. (Sw. Kr.-Bl.)

Vermischte Nachrichten.

— Gegenwärtig treibt in Deutschland ein unbekannter Betrüger dergestalt sein Gewerbe, daß er von wechselnden Orten aus an die Besitzer von Gasthäusern in anderen Städten schriftliche Aufforderungen richtet, unter seinem Namen ankommende, mit Nachnahmesendungen belastete Briefe 2c. einzulösen. Er werde demnächst daselbst eintreffen. Die bis jetzt ermittelten Sendungen sind in Frankfurt a. M. aufgegeben, sie haben die Briefform und enthalten anscheinend einen in Papier eingewickelten festeren Gegenstand. Der Briefumschlag ist aus dickem, röthlich-gelbem Papier hergestellt und am Kopfe desselben ist als Absender in römischen Buchstaben verzeichnet: Jul. Philipp A. M. G. 4. Der Nachnahmebetrag bewegt sich in der Höhe von 10 Mark. Das Siegel zeigt in Frakturschrift die Buchstaben J. B. Ermittelt ist, daß ein angeblicher Kaufmann Julius Philipp aus Gauda bis zum 5. d. M. in Frankfurt a. M. 5 Tage gewohnt hat, dem eine ganze Anzahl Nachnahmesendungen von der Post ausgezahlt worden sind. An dem genannten Tage ist der Schwindler abgereist. Er wird foelgnder- maßen beschrieben: etwa 40 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß, blonde Haare, kurzer, starker, blonder Vollbart, gesundes, rundes Gesicht, kräftige, breitschultrige Gestalt, große Füße und gebeugte Körperhaltung; er trug braunen Ueberzieher, schwarzen Schlapphut und führte ein Handköfferchen mit sich.

Breslau, 18. Januar. (W. T. B.) Wie aus Neustadt, Oberschl., gemeldet wird, steht daselbst die große S. Fränkelsche Leinwandfabrik in Brand. Das Etablissement ist abgesperrt.

Wien, 18. Januar. In Gyöngyös in Ungarn hat der Bankdirektor Desider Bende den Redakteur des dortigen Lokalblattes Ludwig Badasz auf offener Straße überfallen und mit einer Hundepeitsche geschlagen. Badasz dagegen feuerte drei Revolverschüsse auf Bende ab und verwundete denselben schwer. Badasz ist verhaftet. Das Motiv des Ueberfalles war ein für Bende beleidigender Artikel.

Newyork, 19. Januar. (Hirschs T. B.) Ein Eisenbahnzug überfuhr einen Schlitten, in welchem 24 Personen saßen. Von den Insassen des Schlittens wurden 8 getödtet, 16 schwer verwundet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. Januar. Wetter: Klar. Temperatur — 15 Grad Reaumur, Nachts — 24 Grad Reaumur. Barometer 778 Millimeter. Wind: SW.

Weizen matt, per 1000 Kilogramm loko 145,00—154,00, per Januar 155,00 nom., per April-Mai 158,50 bez., per Mai-Juni 160,00 B., per Juni-Juli 162,00—161,50 bez. u. B.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loko 126,00—134,00, per Januar 135,00 nom., per April-Mai 137,50—137,25 bez., per Mai-Juni 138,50 B. u. G., per Juni-Juli 140,00 bis 139,50 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—134.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus etwas fester, per 100 Liter à 100 Proz. loko 30,80 bez., per Januar 70er 30,00 nom., per April-Mai 70er 32,00 nom., per August-September 70er 34,00 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 155,00, Roggen 135,00, 70er Spiritus 30,00.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 19. Januar. Weizen per Januar —,— bis —,— Mark, per April-Mai 158,75 Mark, per Mai-Juni 160,25 Mark.

Roggen per Januar 138,00 bis —,— Mark, per April-Mai 140,00 Mark, per Mai-Juni 141,00 Mark.

Rüböl per Januar 49,70 Mark, per April-Mai 49,70 Mark.

Spiritus loko 70er 32,60 Mark, per Januar 70er 31,70 Mark, per April-Mai 70er 32,80 Mark, per August-September 70er 34,70 Mark.

Hafer per Januar 142,00 Mark, per April-Mai 140,75 Mark.

Petroleum per Januar 23,00 Mark.

Berlin, 19. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,20	Amsterdam kurz	168,85
do. do. 3½%	100,75	Paris kurz	81,15
Deutsche Reichsanl. 3%	86,60	Belgien kurz	81,00
Pomm. Pfandbriefe 3½%	98,50	Bredower Cement-Fabrik	91,75
Italienische Rente	91,75	Neu Dampfer-Compagnie (Stettin)	76,00
do. 3%Eisenb.-Oblig.	56,80	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	194,80
Ungar. Goldrente	9 ,80	„Union", Fabrik chem. Produkte	125,25
Rumän. 1881er amort. Rente	97,30	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,25
Serbische 5% Rente	77,00	Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	89,00
Griechische 5% Goldrente	58,80	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	100,00	Disconto-Commandit	186,50
do. do. von 1880	96,75	Berliner Handels-Gesellsch.	140,50
Mexikan. 6% Goldrente	77,75	Oesterr. Credit	175,10
Oesterr. Banknoten	168,75	Dynamite Trust	133,75
Russ. Banknoten Cassa	209,60	Bochumer Gußstahlfabrik	116,40
do. do. Ultimo	207,50	Laurahütte	95,00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,10	Harpener	127,50
do. (110) 4%	101,75	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	111,50
do. (100) 4%	100,75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	56,10
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,30	Ostpreuß. Südbahn	73,10
Stett. Bulc.-Act. Littr. B.	105,00	Marienburg-Mlawkabahn	62,60
Stett. Bulc.-Prioritäten	130,75	Mainzerbahn	114,00
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	52,00	Norddeutscher Lloyd	95,90
do. 6% Prioritäten	72,75	Lombarden	43,20
Petersburg kurz	208,60	Franzosen	—,—
London kurz	203,65		
London lang	203,29		

Tendenz: fest.

Paris, 18. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

	Kours	vom 17.
3% amortisirb. Rente	96,67½	96,77½
3% Rente	95,70	95,75
Italienische 5% Rente	90,40	90,77½
4% ungar. Goldrente	95,62½	95,56
III. Orient	66,65	66,60
4% Russen de 1889	96,50	96,75
4% unifiz. Egypter	99,12½	99,25
4% Spanier äußere Anleihe	60,25	60,00
Convert. Türken	21,30	21,30
Türkische Loose	87,10	87,50
4% privil. Türk.-Obligationen	431,75	430,50
Franzosen	632,50	631,25
Lombarden	213,75	—,—
Banque ottomane	570,00	570,00
„ de Paris	617,00	622,00
„ d'escompte	137,00	136,00
Credit foncier	963,00	967,00
„ mobilier	127,00	130,00
Meridional-Aktien	615,00	615,00
Rio Tinto-Aktien	391,26	385,60
Suezkanal-Aktien	2585,00	2590,00
Credit Lyonnais	742,00	743,00
B. de France	3860,00	3865
Tabacs Ottom.	356,00	356,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⁹/₁₆	122,00
Wechsel auf London kurz	25,09½	25,09
Cheque auf London	25,11	25,10½
Wechsel Amsterdam k.	206,00	206,00
„ Wien k.	205,75	205,75
„ Madrid k.	421,00	421,50
Comptoir d'Escompte, neue	482,50	488,00
Robinson-Aktien	90,60	92,50
Portugiesen	22,18	22,34
3% Russen	77,00	78,00
Privatdiskont	2¼	2¼

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 82,00, per März 81,00, per Mai 79,00, per September 79,00. — Ruhig aber fest.

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,30, per März 14,32½, per Mai 14,42½, per September 14,35. — Geschäftslos.

Bremen, 18. Januar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Fest. Loko 5,45 B. Baumwolle ruhig.

Wien, 18. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,61 G., 7,64 B., per Herbst 7,77 G., 7,80 B. Roggen per Frühjahr 6,66 G., 6,69 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,04 G., 5,07 B. Hafer per Frühjahr 5,88 G., 5,91 B.

Amsterdam, 18. Januar. Java-Kaffee good ordinary 56,50.

Amsterdam, 18. Januar, Nachmittags. Bancazinn 55,50.

Amsterdam, 18. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 178, per Mai 179. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 134, per Mai 131. Rüböl loko 26,50, per Mai 26,00, per Herbst 25,75.

Antwerpen, 18. Januar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 13 bez. u. B., per Januar 13,00 B., per Februar-März 13¼ B., per September-Dezember 13,00 B. — Behauptet.

Paris, 18. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 38,50. — Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 40,75, per Februar 40,00, per März-Juni 41,75, per Mai-August 42,25.

Havre, 18. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 101,75, per März 101,25, per Mai 99,25. Ruhig.

London, 18. Januar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London, 18. Januar. 96prozent. Javazucker loko 16,37 ruhig. Rübenrohzucker loko 14,25 ruh. Centrifugalzucker —,—.

London, 18. Januar. Chili-Kupfer 46,00, per drei Monat 46⁷/₁₆.

Leith, 18. Januar. Getreidemarkt. Markt stetig aber geschäftslos.

Glasgow, 18. Januar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 8 d.

Newyork, 18. Januar. Wechsel auf London 4,86. Petroleum in Newyork 5,30, in Philadelphia 5,25, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certificates per Februar — D. 53½ C. Mehl 3 D. 00 C. Rother Winter-Weizen — D. 81¼ C. Rother Weizen per Januar — D. 79⅝ C., per Februar — D. 80¼ C., per Mai — D. 83⅝ C. Getreidefracht 1⅝. Mais per Januar 52¼. Zucker 3¹/₁₆. Schmalz loko 11,00. Kaffee Rio Nr. 7 17¼. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 3 16,55. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 16,25. Weizen Anfangs-Kours per Mai 84⅛.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 19. Januar. Wie offiziös verlautet, werden in der nächsten Woche im Reichsamte des Innern die Konferenzen bezüglich des deutsch-russischen Handelsvertrages beginnen. Zur Abgabe ihrer mündlichen Begutachtung sind zu diesen Konferenzen Sachverständige derjenigen Gewerbszweige geladen, welche an der Ausfuhr nach Rußland interessirt sind.

Der Bundesrath wird heute das Weißbuch über Samoa entgegennehmen.

Freiherr von Schorlemer-Alst, welcher an den Minister Miquel im Namen des westfälischen Bauern-Vereins eine Resolution zu Gunsten der Steuerreform-Vorlagen übersandte, erhielt vom Minister einen Brief, in welchem er erklärt, daß er in der Zustimmung des genannten Vereins eine bedeutsame Förderung seiner Pläne erblicke, deren wesentlichen Zweck die Entlastung des Grundbesitzes von einseitiger und ungleicher Vor- und Doppelbesteuerung ist.

Halle a. S., 19. Januar. Die bakteriologische Untersuchung ergab, daß die verdächtigen Erkrankungen in der Irrenanstalt Nietleben asiatische Cholera sind. Der „Hallischen Zeitung" zufolge sind bis gestern Abend 11 Uhr 28 Erkrankungen und 13 Todesfälle konstatirt. Der Landrath des Saalkreises macht das Auftreten der asiatischen Cholera bekannt.

Wien, 19. Januar. Nach einer Meldung welche der „Polit. Korresp." aus Rom zugeht, glaubt man in vatikanischen Kreisen Anhaltspunkte dafür zu haben, daß das deutsche Zentrum trotz seiner bisherigen Haltung gegenüber der Militärvorlage dieselbe vielleicht doch mit größeren Modifikationen annehmen werde.

Brüssel, 18. Januar. Heute fünf Uhr trat Thauwetter ein.

Paris, 19. Januar. Dem „Petit-Journal" zufolge ist gestern der Vorführungsbefehl gegen Cornelius Herz erlassen. Der Befehl sei derart motivirt, daß die Auslieferung Herz' an einen mit Mandat nach London abgereisten Agenten sofort erfolgen werde. Es verlautet, die Entdeckung der Artonschen Checks werde eine zweite gerichtliche Untersuchung veranlassen, die getrennt von dem schwebenden Panamaprozeß geführt werden solle.

Paris, 19. Januar. „Libre Parole" meldet, daß der Zar eine besondere Kommission nach Paris gesandt habe, um ihm über die Panama-Vorgänge zu berichten. Die Kommission sei vor drei Tagen in Paris eingetroffen und soll sich von hier nach London begeben, um selbst weitere Forschungen anzustellen.

Eine neue Haussuchung bei dem Bankier Offroi hat die Entdeckung einer größeren Anzahl Arton'scher Check-Abschnitte ergeben, welche an Deputirte, Chef-Redakteure und andere Journalisten vertheilt worden sind. Diese Letzteren haben nur kleinere Beträge erhalten, während größere an viele nicht näher bezeichnete Persönlichkeiten gezahlt worden sind.

Angesichts des offiziösen Dementis bezüglich der angeblichen Unterredung, welche der Justizminister mit dem Untersuchungsrichter gehabt, hält „Libre Parole" ihre Mittheilungen über diese Unterredung aufrecht und fügt noch hinzu, daß diese Besprechung in Gegenwart des General-Prokurators Fanon stattgefunden hat. Thatsächlich, bemerkt das Blatt, würden in Folge dessen Rouvier, Thevenet und Roche außer Verfolgung gesetzt werden.

Roubaix, 19. Januar. In mehreren Tuchfabriken ist ein großer Streik ausgebrochen, dessen weitere Ausdehnung sehr befürchtet wird. Ganz besonders thun sich bei diesem Streik die Arbeiterinnen hervor, welche auch ihre nicht streikenden Kolleginnen Nachmittags am Eingange ihrer Fabriken thätlich angriffen.